



**Karl Holmeier**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecher der CSU-Landesgruppe für  
Wirtschaft und Energie,  
Verkehr und digitale Infrastruktur,  
Bildung und Forschung, Tourismus

## Pressemitteilung

### MdB Karl Holmeier: Bund fördert Beschaffung gewerblicher Elektrofahrzeuge – für Kommunen und Unternehmen

Berlin, 03.02.2021

**Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Jakob-Kaiser-Haus  
Telefon 030 227 – 7 21 00  
Fax 030 227 – 7 68 65  
karl.holmeier@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Schwandorf**  
Pesslerstraße 1  
92421 Schwandorf  
Telefon 09431– 96 04 29  
Fax 09431– 96 04 34

**Wahlkreisbüro Cham**  
Dr.-Karl-Stern-Straße 4  
93413 Cham  
Telefon 09971– 99 63 700  
Fax 09971– 99 63 701  
karl.holmeier@wk.bundestag.de

Das Bundesverkehrsministerium (BMVI) hat einen neuen Förderaufruf für die Beschaffung gewerblicher Elektrofahrzeuge gestartet. Ab sofort können Kommunen, kommunale und gewerbliche Unternehmen wieder Anträge einreichen. Damit werden kommunale und gewerbliche Flotten wie zum Beispiel Taxis, Kurier-, Express- und Sharingdienste beim Umstieg auf Elektromobilität unterstützt. Karl Holmeier, verkehrspolitischer Sprecher der CSU im Deutschen Bundestag, erklärt hierzu:

„Gerade bei kommunalen und gewerblichen Fahrzeugflotten ist das CO<sub>2</sub>-Einsparpotential durch einen Umstieg auf Elektromobilität groß, da die Fahrzeuge in diesem Bereich besonders intensiv genutzt werden. Daher freut es mich, dass die Bundesregierung für die Flottenumrüstung weitere 20 Millionen Euro bereitstellt.“

Anträge können bis Ende März online über das Förderportal des Bundes gestellt werden (<https://foerderportal.bund.de/easyonline>).

Der Förderaufruf und weitere Informationen stehen ab sofort auf der Website des Projektträgers Jülich zur Verfügung unter: <https://www.ptj.de/elektromobilitaet-bmvi/invest>.

#### Hintergrund

Mit der "Förderrichtlinie Elektromobilität" unterstützt das BMVI seit 2015 u. a. die Beschaffung von Elektrofahrzeugen. Mit dem Zukunftspaket der Bundesregierung wurden weitere 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.